



Gemeinsame Pressemitteilung

Seite 1 von 3

„Gesundheit ist politisch!“ – Kongress Armut und Gesundheit setzt neue Impulse für gerechtere Gesundheitschancen

Berlin/Köln, 16. März 2026. Armut ist nach wie vor eines der größten Gesundheitsrisiken in unserer Gesellschaft. Der diesjährige Public-Health-Kongress „Armut und Gesundheit“ am 16. und 17. März in Berlin stellt daher die Frage: **„Gesundheit ist politisch – was ist uns Chancengerechtigkeit als Gesellschaft wert?“**

Dazu treffen sich Vertreter*innen aus Wissenschaft, Praxis, Politik und Zivilgesellschaft im Henry-Ford-Bau der Freien Universität Berlin zum Kongress „Armut und Gesundheit“. In über 100 Veranstaltungen mit ca. 1.400 Teilnehmenden wird diskutiert, welchen Einfluss der Sozialstatus auf die Gesundheit hat und wie sozial bedingte Ungleichheiten bei den Gesundheitschancen nachhaltig verringert werden können.

Schwerpunkte des Kongresses

Im Mittelpunkt stehen verschiedene Themen rund um soziale Determinanten von Gesundheit, gesundheitliche Ungleichheit, Umweltgerechtigkeit und Public Health in Deutschland. Dazu gehören unter anderem aktuelle Daten zur gesundheitlichen Ungleichheit in Deutschland, Klima und Gesundheit, psychosoziale Gesundheit, Wohnungslosigkeit, Gesundheit im Alter und Pflege, Geflüchtete, Nicht-Versicherte sowie Frühe Hilfen.

Ausgerichtet wird der seit 1995 stattfindende Kongress von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. Mitveranstalter sind neben der Deutschen Gesellschaft für Public Health (DGPH) e. V. und der Berlin School of Public Health (BSPH) auch die Freie Universität Berlin und das Umweltbundesamt. Zahlreiche Partner*innen unterstützen den Kongress Armut und Gesundheit. Hauptförderer des Kongresses ist das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG).

Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott, Erste Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin, begrüßt die Teilnehmenden im Henry-Ford-Bau und nimmt dabei Bezug zum diesjährigen Kongressmotto: „Armut und Gesundheit sind eng miteinander verknüpft – gesundheitliche Chancen sind kein Zufall, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen. Als Universität ist es unsere Aufgabe, diese Zusammenhänge wissenschaftlich sichtbar zu machen und den Dialog darüber zu ermöglichen.“



Antje von Broock, Abteilungsleiterin für Kreislaufwirtschaft, Immissionsschutz und Chemikaliensicherheit, Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, stellt insbesondere den Umweltaspekt zentral: „Eine gesunde Umwelt ist das Fundament, auf dem eine gesunde Gesellschaft steht. Dem Zugang aller Menschen zu sauberer Luft, sicherem Wasser und gesunden Lebensräumen kommt daher eine große Bedeutung zu. Gemeinsam werden wir Wege diskutieren, wie jeder Mensch, unabhängig von Herkunft oder Einkommen, in einer Umgebung leben kann, die Gesundheit fördert und Armut mindert. Im Bundesumweltministerium setzen wir uns tagtäglich für eine gesündere, gerechte Zukunft ein.“

Prof. Dr. Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes zielt ebenfalls auf den Zusammenhang zwischen Umwelt, Klima und Gesundheit ab. „Umweltschutz ist nachhaltige Gesundheitsvorsorge. In Zeiten knapper Kassen dürfen wir nicht zulassen, dass Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit gegeneinander ausgespielt werden. Stabile Ökosysteme und der sorgsame Umgang mit Naturressourcen sind Voraussetzungen für die Schaffung gesundheitlicher Chancengleichheit. Mit unserer wissenschaftsbasierten Politikberatung leisten wir einen Beitrag für eine zukunftsfähige, lebenswerte und sozial gerechte Gesellschaft.“

Dr. Johannes Nießen, Kommissarischer Leiter des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit, regt an, Gesundheit als gesamtgesellschaftlichen Prozess zu begreifen: „Gesundheit darf nicht vom sozialen Status, vom Einkommen oder von Bildung abhängen. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir Gesundheit in allen Lebensbereichen mitdenken: In Bildung und Arbeit, Wohnen, Stadtentwicklung und Klima. Dafür brauchen wir klare Entscheidungen, verständliche Kommunikation und transparente Prozesse. Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft müssen von Anfang an gemeinsam handeln. Als Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit setzen wir uns dafür engagiert ein.“

Prof. Dr. Dagmar Starke, Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Public Health (DGPH), hebt insbesondere den Aspekt der Demokratieförderung hervor: „Gesundheitliche Gerechtigkeit ist eine essenzielle Grundlage für ein demokratisches Miteinander. Politik und Gesellschaft müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit alle Menschen befähigt werden können, sich selbstbestimmt um ihre gesundheitlichen Belange zu kümmern. Zu diesen Rahmenbedingungen zählen faire und gleiche Lebensbedingungen, soziale Gerechtigkeit und eine Umwelt, in der sich Menschen entfalten können.“

Maren Janella, Projektleiterin des Kongresses Armut und Gesundheit, beschließt mit den Worten: „Beteiligung ist ein wesentlicher Aspekt von Gesundheitsförderung. Das ist handlungsleitend für den Kongress Armut und Gesundheit, der von der Stärke



Seite 3 von 3

seiner Community lebt. Deshalb gilt mein Dank allen Teilnehmenden aus Public Health, Praxis, Forschung und Zivilgesellschaft – und besonders dem Gremium der Menschen mit Armutserfahrung, deren Perspektiven unverzichtbar sind. Sie alle machen sichtbar, was unser Motto betont: Gesundheit ist politisch – und sie liegt in gemeinsamer Verantwortung.“

Eine Anmeldung zum Kongress ist weiterhin möglich! Der Kongress Armut und Gesundheit ist presseöffentlich. Medienvertreter*innen sind herzlich eingeladen.

Pressekontakt und Akkreditierung:

Marion Amler | amler@gesundheitsbb.de | Tel. (030) 44 31 90 72

Die Dokumentation der Veranstaltung findet sich in Kürze auf der Website www.armut-und-gesundheit.de.

**Bestellung der kostenlosen Materialien des
Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit unter:**

Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit, 50819 Köln

Online-Bestellsystem: <https://shop.bioeg.de/>

E-Mail: bestellung@bioeg.de

Pressekontakt:

Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG)

Maarweg 149-161, 50825 Köln

Tel. 0221 8992-332

pressestelle@bioeg.de

www.bioeg.de

Instagram: www.instagram.com/bundesinstitut_gesundheit/

LinkedIn: www.linkedin.com/company/bioeg/

Facebook: www.facebook.com/bioeg.de/

Mastodon: social.bund.de/@bioeg

Seit dem 13. Februar 2025 ist die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) das **Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG)**. Das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit ist eine Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit.